

Personenfreizügigkeit: Banger Blick in die Zukunft

Bund zieht positive Bilanz des freien Personenverkehrs. Doch für Gewerkschafter ist klar: Die grosse Bewährungsprobe steht noch aus

Wegen der Krise schwächt sich die Einwanderung ab. Und: Jene Ausländer, die bereits hier arbeiten, werden überdurchschnittlich oft arbeitslos.

BEAT RECHSTEINER

Rosarot ist das Bild, das Serge Gaillard von der Personenfreizügigkeit zeichnet: Die hohen Zuwanderungsraten der letzten Jahre haben zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum geführt, immer mehr Einwanderer sind gut ausgebildet und bringen Fachwissen ins Land, Schweizer Arbeitnehmer werden nicht von Ausländern aus ihren Jobs gedrängt, und jetzt, da die Krise wütet, deutet sich ein Rückgang der nach wie vor starken Zuwanderung an. Kurzum: Der Leiter der Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) verlor gestern bei seiner alljährlichen Bilanz vor den Medien in Bern kaum ein negatives Wort über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt.

Das Problem an seiner positiven

Tour d'Horizon ist allerdings, dass sein Blick zurückgeht auf eine wirtschaftlich gute Phase. Für Gewerkschafts-Chef-ökonom Daniel Lampart steht denn auch fest: «Die Bewährungsprobe für die Personenfreizügigkeit kommt jetzt erst in der konjunkturellen Baisse.» Die Erwartung des Seco, wonach in der Krise weniger Ausländer in die Schweiz einwandern werden, bezweifelt Lampart auf Anfrage nicht. Doch für ihn ist klar, dass der Druck auf die einheimischen Arbeitskräfte zunimmt, etwa im Bausektor. Er fordert deshalb konsequente Kontrollen in allen Kantonen, damit es nicht zu Lohndumping und der Entlassung von Schweizer Arbeitern zugunsten günstigerer Ausländer kommt. Gemäss Lampart gibt es hier noch reichlich Nachholbedarf.

Ausländer trifft Krise besonders hart

Vorderhand sind es vor allem die Einwanderer selbst, welche die Krise zu spüren bekommen. Bereits in den letzten Jahren lag die Arbeitslosenquote von EU-Ausländern deutlich über derjenigen der gesamten Schweiz. Und auch jetzt gibt es überproportional viele Erwerbslose aus den alten EU-Ländern (ohne Osteuropa), besonders aus Deutschland. Gaillards Begründung: Einerseits sind viele der Betroffenen erst

vor kurzem eingestellt worden, womit die Schwelle für eine Entlassung tief ist. Andererseits ist eine grosse Anzahl nur temporär und im kriselnden Industriesektor angestellt.

Die Frage ist nun, ob diese Ausländer die Schweizer Sozialwerke besonders stark belasten, wie es vor allem von rechten Politikern immer wieder behauptet wird. Sowohl Gaillard als auch Lampart verneinen dies. Gaillard gibt zu bedenken, dass unabhängig von der Wirtschaftssituation stets viele Ausländer zurückwandern. Tendenziell würden zudem arbeitslose Ausländer häufig in ihrem angestammten Umfeld, also in ihrem Heimatland, eine neue Stelle suchen.

Eine Problematik sieht jedoch auch das Seco: So sei eine Verdrängung der einheimischen Arbeitskräfte in Grenzkantonen wie dem Tessin «nicht ganz auszuschliessen», weil dort die Einwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte zugenommen hat.

66 PROZENT AUS DEUTSCHLAND

Am stärksten wird die Personenfreizügigkeit von **Deutschen und Portugiesen** genutzt. 66 Prozent der EU-Einwanderer stammen aus Deutschland, 20 Prozent aus Portugal und 12 Prozent aus Frankreich. Viele von ihnen sind **gut ausgebildet**: Von den zwischen 1997 und 2007 zugewanderten Ausländern mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz verfügten im Schnitt **50 Prozent über eine Hochschulausbildung** und 81 Prozent über eine Berufslehre oder eine Matur. (BRE)